

Wintersemester 2019/20

Grundlagen der Wirtschaftspolitik

Basismodul

Prof. Dr. Andreas Freytag
Lehrstuhl Wirtschaftspolitik
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Friedrich-Schiller-Universität Jena





Organisatorisches I

Vorlesung

- montags, von 10.15-11.45 Uhr, Hörsaal Bachstr. 18k

Übung – beginnt am 7. bzw. 8. November

Do 12-14 Uhr, Fürstengraben 1 / HS 250, Sebastian Schuhmann, M.Sc.

Fr 12-14 Uhr, Carl-Zeiß-Straße 3 / HS 4, Christoph Dörffel, M.Sc.

Sprechzeiten – je nach Vereinbarung

- christoph.doerffel@uni-jena.de
- sebastian.schuhmann@uni-jena.de
- andreas.freytag@uni-jena.de



Organisatorisches II

Materialien

- Werden auf *moodle* zur Verfügung gestellt (Teilnahme am Moodlekurs erfolgt automatisch mit Anmeldung zur Veranstaltung in Friedolin)
- stehen **jeweils Freitag** vor der Vorlesung bzw. **Mittwoch** vor den Übungen bereit
- Lösungen für Übungen werden *ex post* online gestellt

Klausur

- Termin: Freitag, 21.2.2020, 12-14, HS1 + HS2
- Dauer: 60 Minuten
- Anmeldung: selbstständig über *Friedolin*



Organisatorisches III

Herr Tilmann Gerlitz (ThULB), Fachreferent für Politikwissenschaft, Soziologie und Wirtschaftswissenschaften, wird am

21.10. zu Beginn Rahmen der Vorlesung

eine etwa 30-minütige Einführung in die Bibliotheksarbeit geben

Fragen sind erwünscht!

Lektüreempfehlungen I

- Donges, Juergen B. und Andreas Freytag (2009), *Allgemeine Wirtschaftspolitik*, 3. Auflage, Stuttgart: Lucius & Lucius. → [Sigle: DF]
- Fritsch, Michael (2014), *Marktversagen und Wirtschaftspolitik. Mikroökonomische Grundlagen staatlichen Handelns*, 9. Auflage, München: Vahlen.
- Klump, Rainer (2013), *Wirtschaftspolitik. Instrumente, Ziele und Institutionen*, 3. Auflage, München et al.: Pearson





Lektüreempfehlungen II

- Freytag, Andreas (Hrsg.) (2005), *Weltwirtschaftlicher Strukturwandel, nationale Wirtschaftspolitik und politische Rationalität*, Köln: KUV.
- Drazen, Allan (2002), *Political Economy in Macroeconomics*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Grüner, Hans Peter (2010), *Wirtschaftspolitik*, Berlin: Springer, 3. Auflage.
- Roth, Steffen (2016), *VWL für Einsteiger*, 5. Auflage, Konstanz : UVK Lucius.
- Tinbergen, Jan (1952), *On the Theory of Economic Policy*, Amsterdam.



Relevante Fachzeitschriften (Auswahl)

- American Economic Journal: Economic Policy
- European Journal of Political Economy
- Journal of Economic Perspectives
- Journal of Economic Literature
- Journal of Evolutionary Economics
- ORDO
- Perspektiven der Wirtschaftspolitik
- Public Choice
- The Economic Journal
- Wirtschaftsdienst
- Zeitschrift für Wirtschaftspolitik



Tageszeitungen

- Der Spiegel
- Die Welt
- Die Tageszeitung (TAZ)
- Die Zeit
- Financial Times
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)
- Handelsblatt
- Süddeutsche Zeitung
- The Economist
- Wall Street Journal Europe
- WirtschaftsWoche



Offizielle Webseiten

Bundesfinanzministerium:	http://www.bundesfinanzministerium.de/
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie:	http://www.bmwi.de
Deutsche Bundesbank:	www.bundesbank.de
Europäische Kommission:	http://europa.eu.int/index_de.htm
Europäische Zentralbank:	http://www.ecb.int/home/home.htm
IWF:	http://www.imf.org
Monopolkommission:	http://www.monopolkommission.de
OECD:	http://oecd.org
Sachverständigenrat:	http://www.sachverstaendigenrat.org/
World Trade Organization:	http://www.wto.org



Blogs etc.

- www.voxeu.org
- www.ecipe.org
- www.econtalk.org
- <http://www.ft.com/comment/columnists/martinwolf>
- <http://krugman.blogs.nytimes.com/>
- <http://www.oekonomenstimme.org/>
- <http://www.econwatch.org/>
- <http://staatsverschuldung.de/schuldenuhr.htm>
- <http://www.insm-oekonomenblog.de/>
- <http://www.wiwo.de/themen/Freytags-Frage>

1. Konzeptionelles zur Theorie der Wirtschaftspolitik
2. Wirtschaftspolitische Bewertungskriterien als normative Grundlage
3. Marktversagen als Rechtfertigung für staatliche Eingriffe
4. Politische Ökonomik staatlicher Eingriffe
5. Konsistenz in der Umsetzung wirtschaftspolitischer Maßnahmen
6. Europäische Integration und nationale Wirtschaftspolitik
7. Globalisierung



1. Konzeptionelles zur Theorie der Wirtschaftspolitik

1.1 Vorbemerkung: die Botschaft Hans Roslings

1.2 Wirtschaftspolitik und allgemeine Politik

1.3 Ziele in der Wirtschaftspolitik

1.3.1 Ziele und Mittel

1.3.2 Das „magische Viereck“ makroökonomischer Ziele

1.3.3 Zielbeziehungen

1.3.4 Zielhierarchien

1.3.5 Das Ziel individueller Freiheit

1.1 Vorbemerkung: die Botschaft Hans Roslings

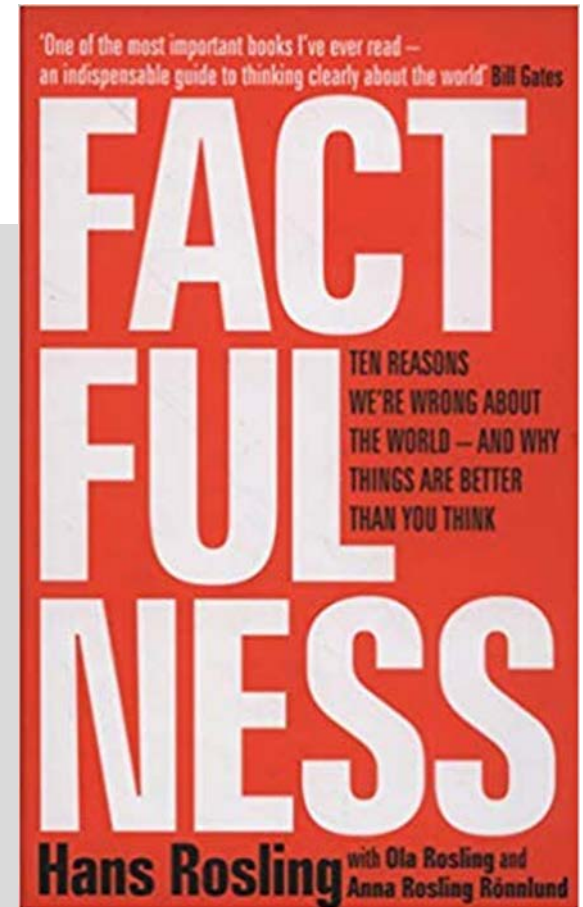
„Quizfrage“:

In den letzten 20 Jahren hat sich der Anteil der Weltbevölkerung, die in extremer Armut lebt,

a. fast verdoppelt

b. kaum verändert

c. deutlich mehr als halbiert.



- durchschnittl. nur 7% (!) der Befragten antwortet zutreffend
- Zufallsgenerator (Rosling: The Chimps): 33%



1.1 Vorbemerkung: die Botschaft Hans Roslings

- Kurze Variante:

Hans Rosling, 2018, FAZ vom 9.4.2018, online unter:

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/die-welt-wird-immer-besser-32-gute-nachrichten-15524076.html>



Bitte bis zur Übung lesen!

- Informativ – Video: Hans Rosling im TED Talk:

<https://www.youtube.com/watch?v=Sm5xF-UYgdg>





1.1 Vorbemerkung: die Botschaft Hans Roslings

Botschaft: Irgend etwas läuft gut und richtig!

Wahrnehmung?

→ „The iron law of history“: *“Once people get used to a certain luxury, they take it for granted.”*

Y. N. Harari (2014), Sapiens. A Brief History of Humankind, Harper Collins, S. 98.

- Es erscheint sinnvoll, einen fundamentalen Skandal-/ Katastrophenmodus zu verlassen
- Es gilt, zu differenzieren: Was ist zu bewahren? Was ist zu verändern?
- Oft hilfreich: Betrachtung „langweiliger Sachprobleme“



1.2 Wirtschaftspolitik und allgemeine Politik

WiPo = jenes Teilgebiet der allgemeinen Politik, welches sich auf das ökonomische Geschehen – im nationalen wie im internationalen Rahmen – bezieht. (vgl. DF S. 1)

In der Praxis: Wechselspiel zwischen ökonomischen und politischen Maßgaben:

- I) Einsatz ökonomischer Zusammenhänge nach politischer Maßgabe
 - II) Politische Gestaltung unter Berücksichtigung ökonomischer Zusammenhänge
- ➔ Für beide Blickrichtungen gibt es Beispiele (vgl. DF, S. 1ff.)

1.2 Wirtschaftspolitik und allgemeine Politik

Ad I) Einsatz ökonomischer Zusammenhänge nach politischer Maßgabe

**Bsp.: Gründung der Montanunion (1951)/EWG (1957)/
Integrationsprozess der EU**

- Montanunion geht zurück auf den sog. „Schuman-Plan“ (*Robert Schuman*, 1886-1963; franz. Außenminister/Ministerpräsident)
- *Ziel* Schumans war die *Aussöhnung* zwischen Frankreich und Deutschland → Befriedung Europas als *politisches* (außerökonomisches) Ziel des europ. Integrationsprozesses
- Einsatz der ökon. Instrumente (insbes. Etablierung eines Binnenmarktes) → Schaffung europäischer *win win*-Situationen





1.2 Wirtschaftspolitik und allgemeine Politik

Sidestep: Indienstnahme ökonomischen Denkens (hier im Zusammenhang der Befriedung Europas):

„Die **Ökonomik** befasst sich mit den Möglichkeiten und Problemen gesellschaftlicher Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil“* – im Lichte fundamentaler Ressourcenknappheit

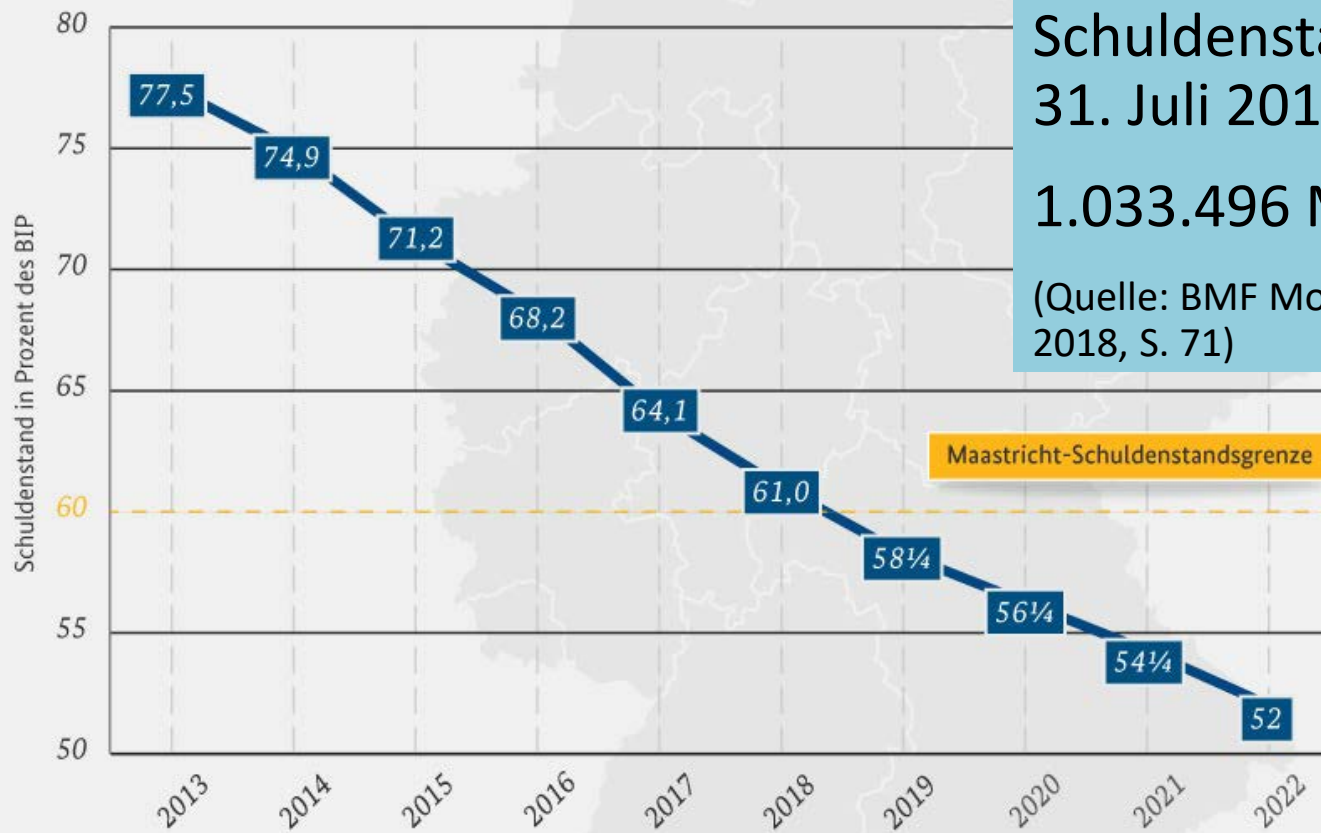
→ **WiPo** setzt dafür die Rahmenbedingungen

* K. Homann/A. Suchanek (2005), Ökonomik: Eine Einführung, 2. Auflage, Tübingen: Mohr Siebeck.

1.2 Wirtschaftspolitik und allgemeine Politik

Ad II) Politische Gestaltung unter Berücksichtigung ökonomischer Zusammenhänge

Bsp.: öffentliche Haushalte, etwa Bundeshaushalt



Schuldenstand (Bund) am 31. Juli 2018:

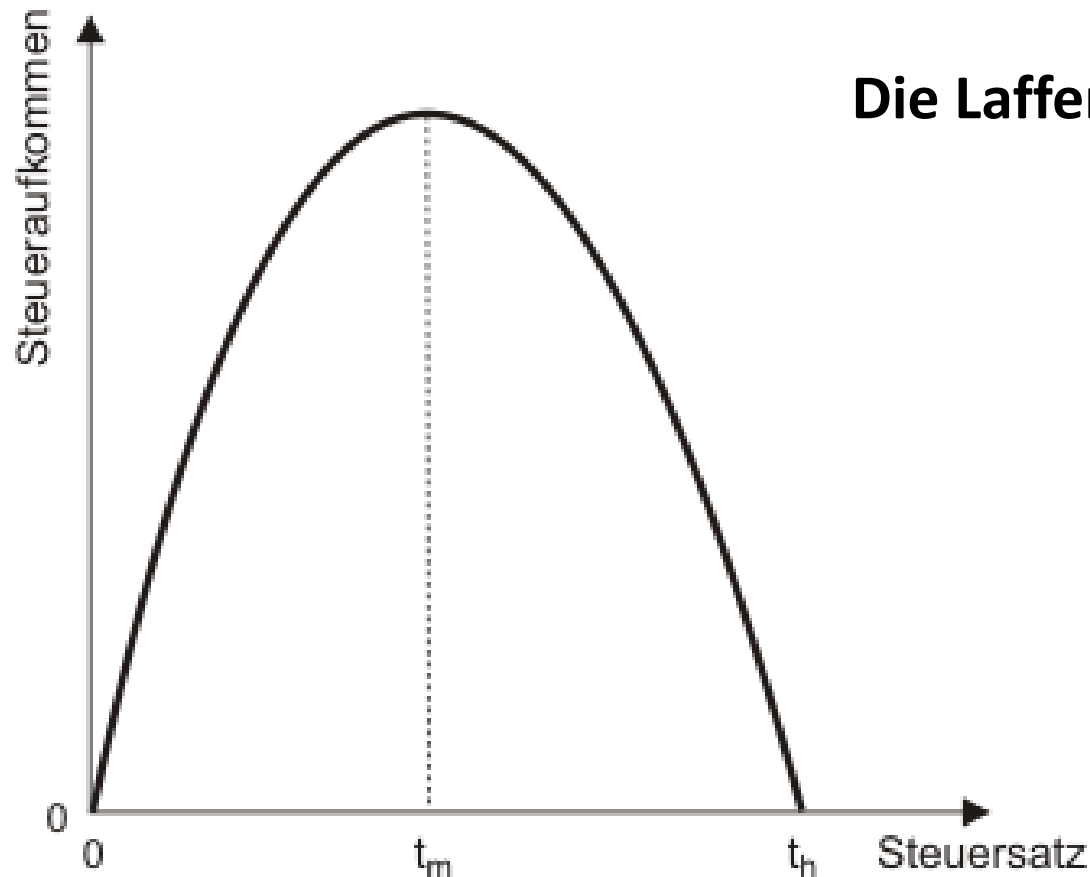
1.033.496 Mio. EUR

(Quelle: BMF Monatsbericht August 2018, S. 71)

1.2 Wirtschaftspolitik und allgemeine Politik

Ad II) Politische Gestaltung unter Berücksichtigung ökonomischer Zusammenhänge

Bsp.: öffentliche Haushalte, etwa Bundeshaushalt



Die Laffer-Kurve



1.2 Wirtschaftspolitik und allgemeine Politik

Mehrstufige Wechselwirkung

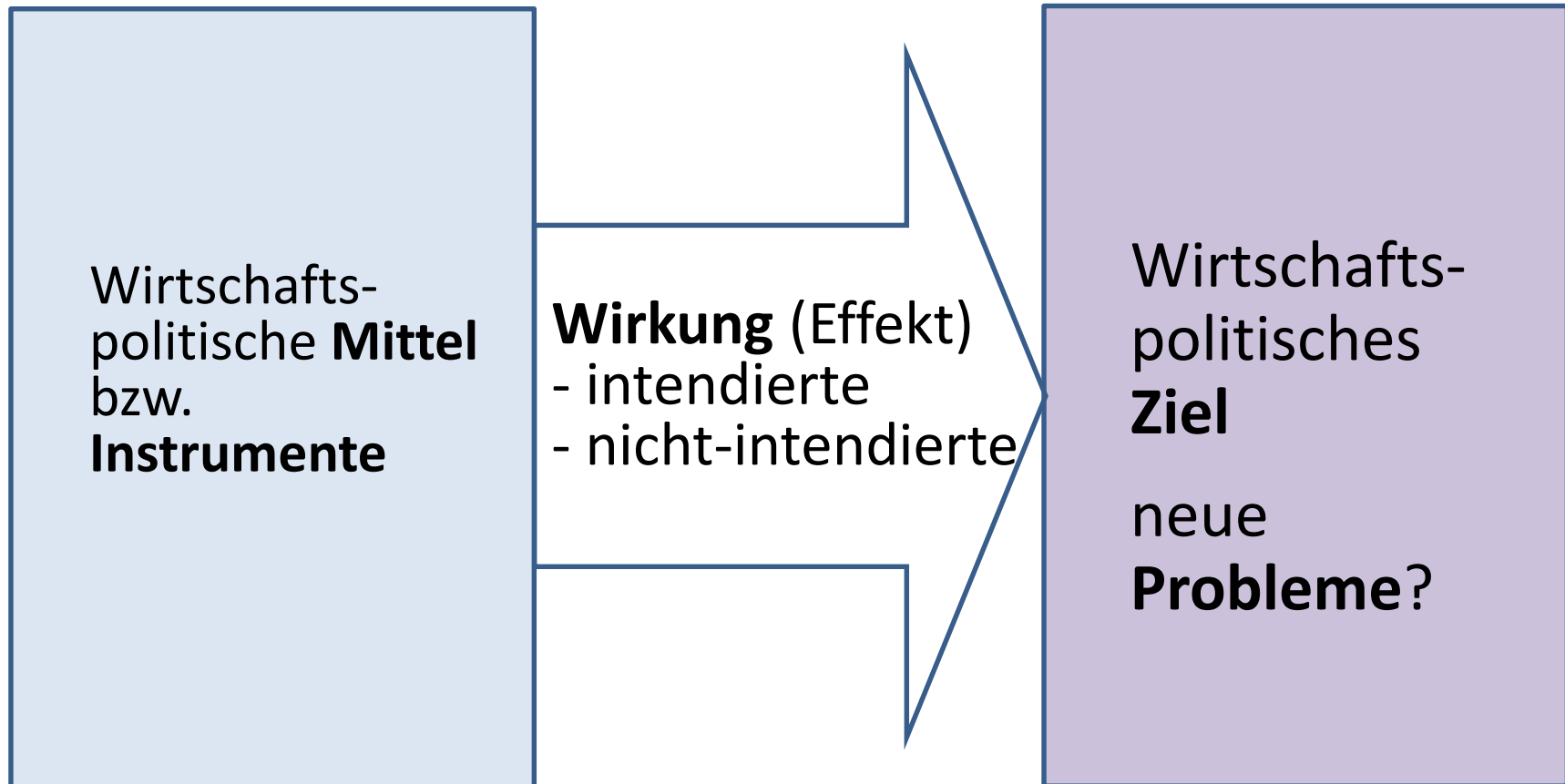
Bsp.: deutsch-deutsche Wirtschafts-/Währungsunion

- *Ökonomische* Triebkraft: Steigendes Drängen der DDR-Bürger
→ „Kommt die D-Mark, bleiben wir. Kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr.“
- Ummünzung in ein *politisches* Angebot einer schnellen Wirtschafts-/Währungsunion mit 1:1 Umtauschkurs
- Verzicht darauf, *ökon. (wiss.)* Empfehlungen zu Folgen (Problem: Produktivitätsgefälle der Volkswirtschaften) → Verschiebung von ökon. Problemen in die Zukunft



1.3 Ziele in der Wirtschaftspolitik

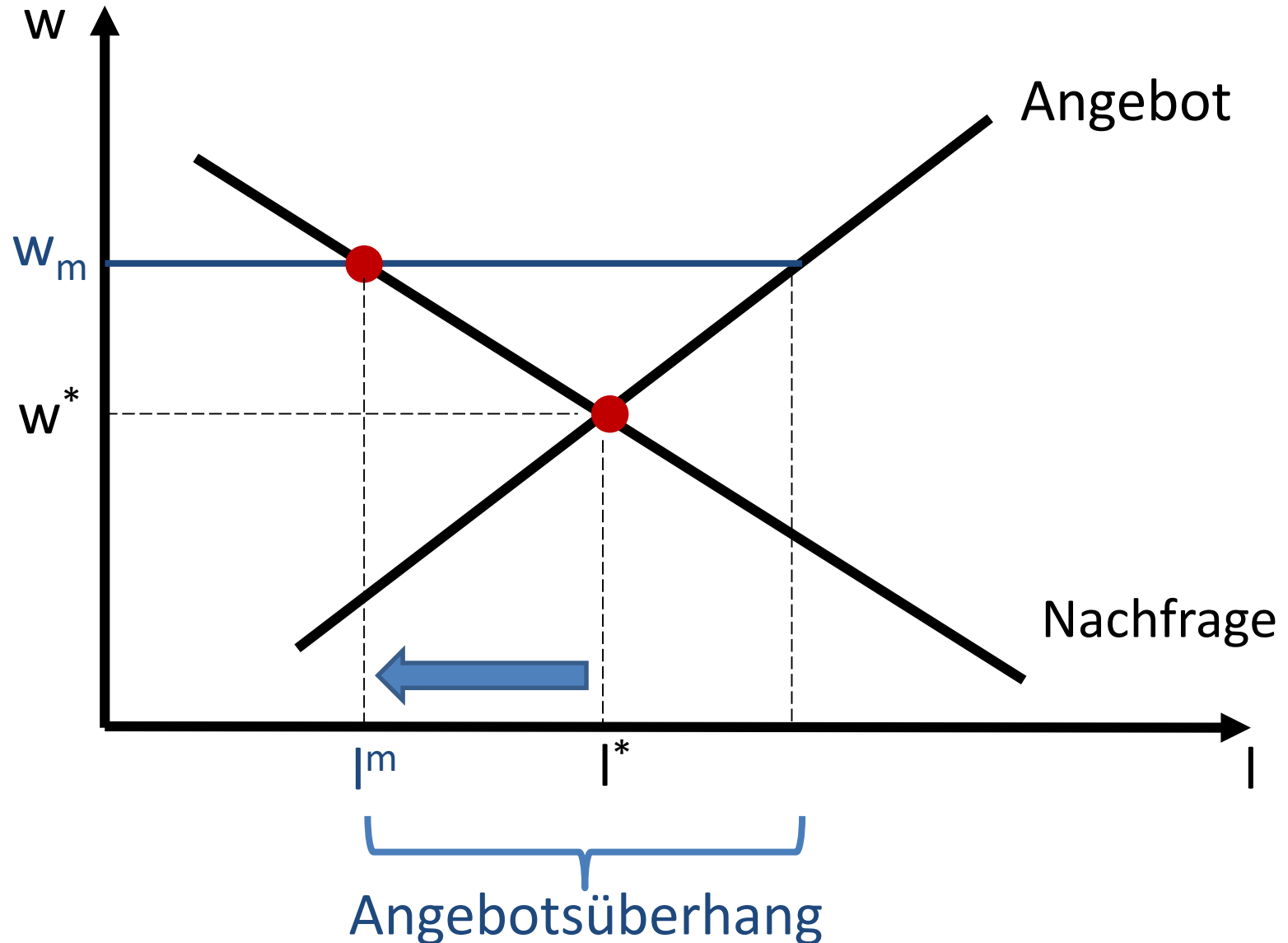
1.3.1 Ziele und Mittel



Mindestpreise und Arbeitsmarkt



Preis-Mengen-Diagramm





1.3.1 Ziele und Mittel

Theorie der Wirtschaftspolitik → *Bewertung von Mitteln* mit Blick auf die Erreichung eines Ziels (bzw. Lösung eines Problems).

Es gibt „falsche“ Mittel (Instrumente):

- Ziel wird verfehlt
- oder sogar das genaue Gegenteil erreicht

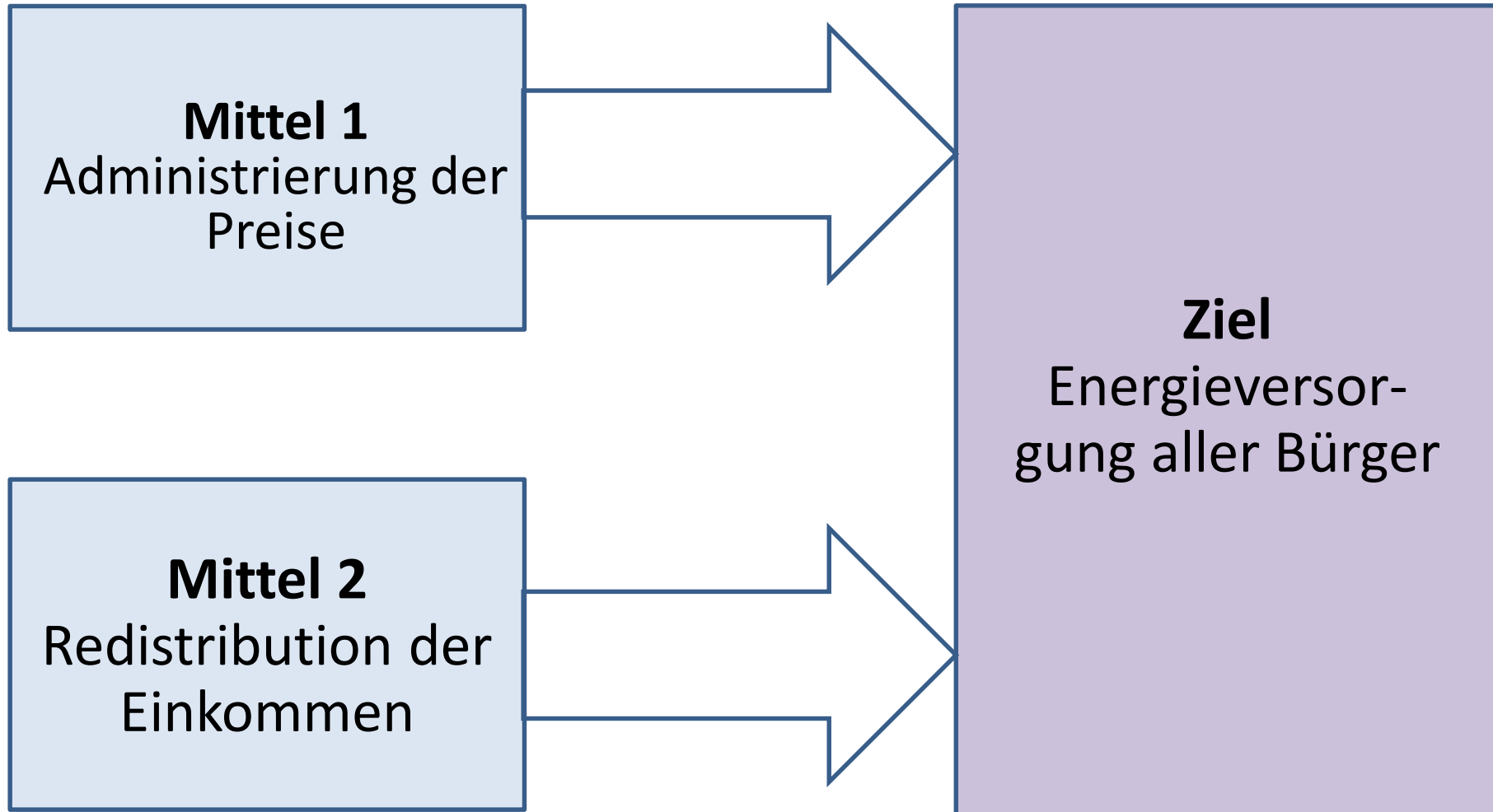
Der Kobra-Effekt

„Zu Zeiten der englischen Kolonialverwaltung soll es in Indien einmal zu viele Kobras gegeben haben. Um der Plage Herr zu werden, setzte der Gouverneur eine Prämie pro abgelieferten Kobra-Kopf aus. Die Inder sollten also Kobras fangen. Wie reagierten Sie? Sie züchteten Kobras, um die Prämie zu kassieren“

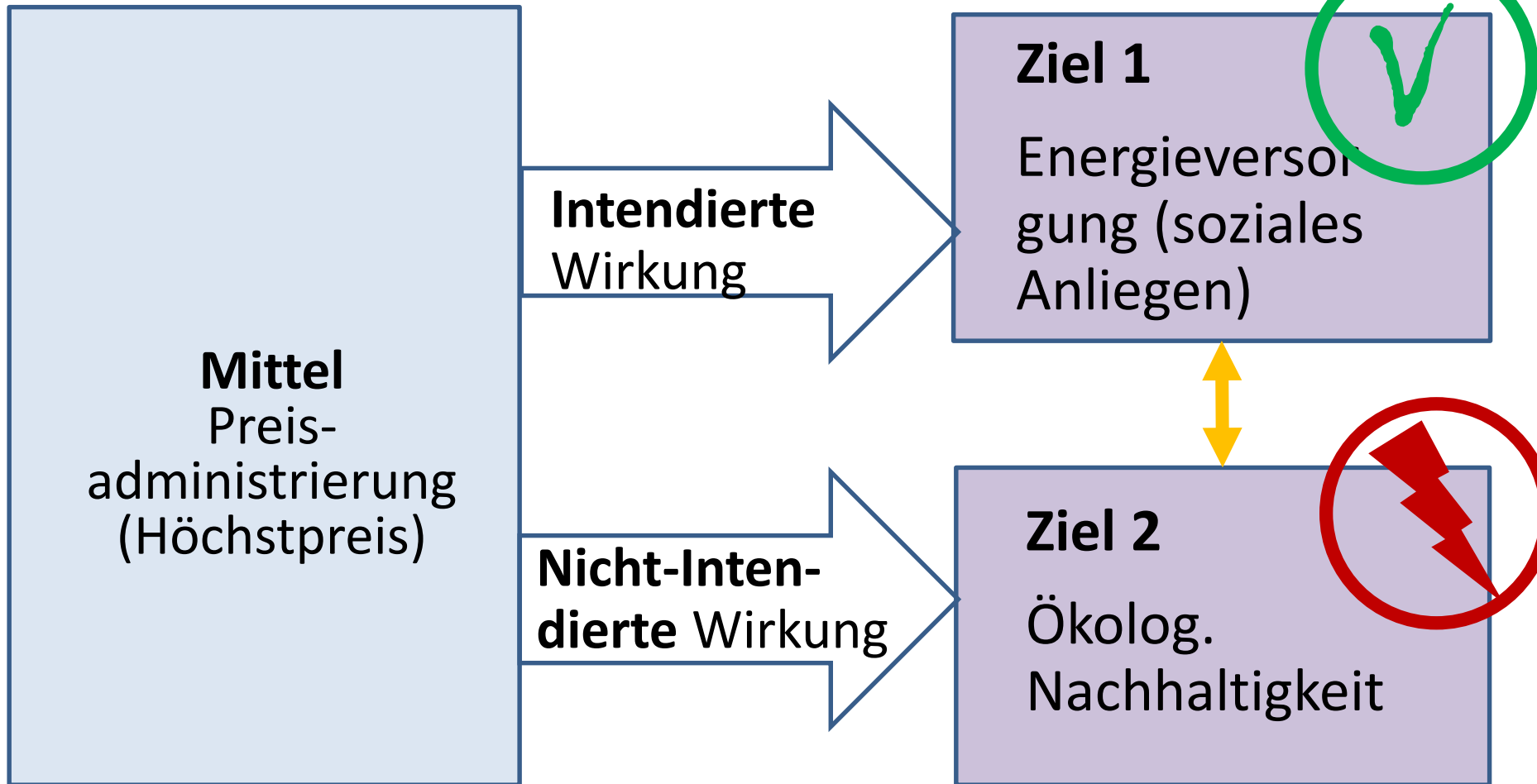
H. Siebert (2002), Der Kobra-Effekt. Wie man Irrwege in der Wirtschaftspolitik vermeidet, 2. A., Stuttgart/München, S. 11.



1.3.1 Ziele und Mittel



1.3.1 Ziele und Mittel





1.3.1 Ziele und Mittel

Forschungsfragen/Abschlussarbeiten in Wirtschaftspolitik thematisieren nicht selten ...

i) ... ein Mittel, wobei nach den Wirkungen (mit Blick auf bestehende Ziele/Probleme) gefragt wird;

Bsp.: *„Auswirkungen der Mietpreisbremse“*

ii) ... ein Ziel/Problem, wobei nach geeigneten Mitteln gefragt wird

Bsp.: *„Effektivität und Effizienz der Maßnahmen zur Geldwäschebekämpfung“*

iii) ... eine bestimmte Ziel(/Problem)-Mittel-Beziehung

Bsp.: *"Does trade openness decrease or increase income inequality?"*



1.3.2 Das „magische Viereck“ makroökonomischer Ziele

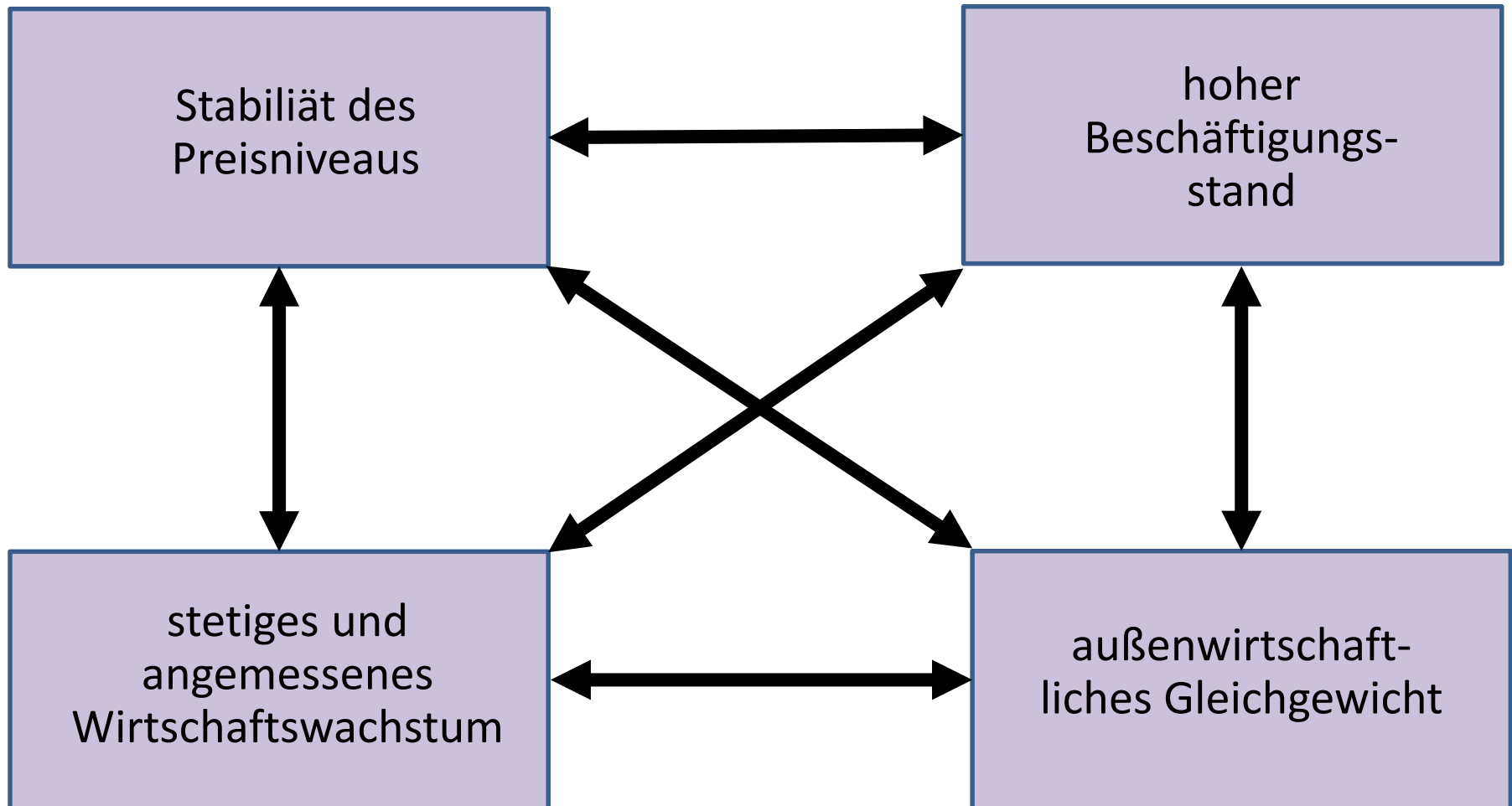
Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums
der Wirtschaft (8. Juni 1967)

§ 1

„Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.“



1.3.2 Das „magische Viereck“ ...



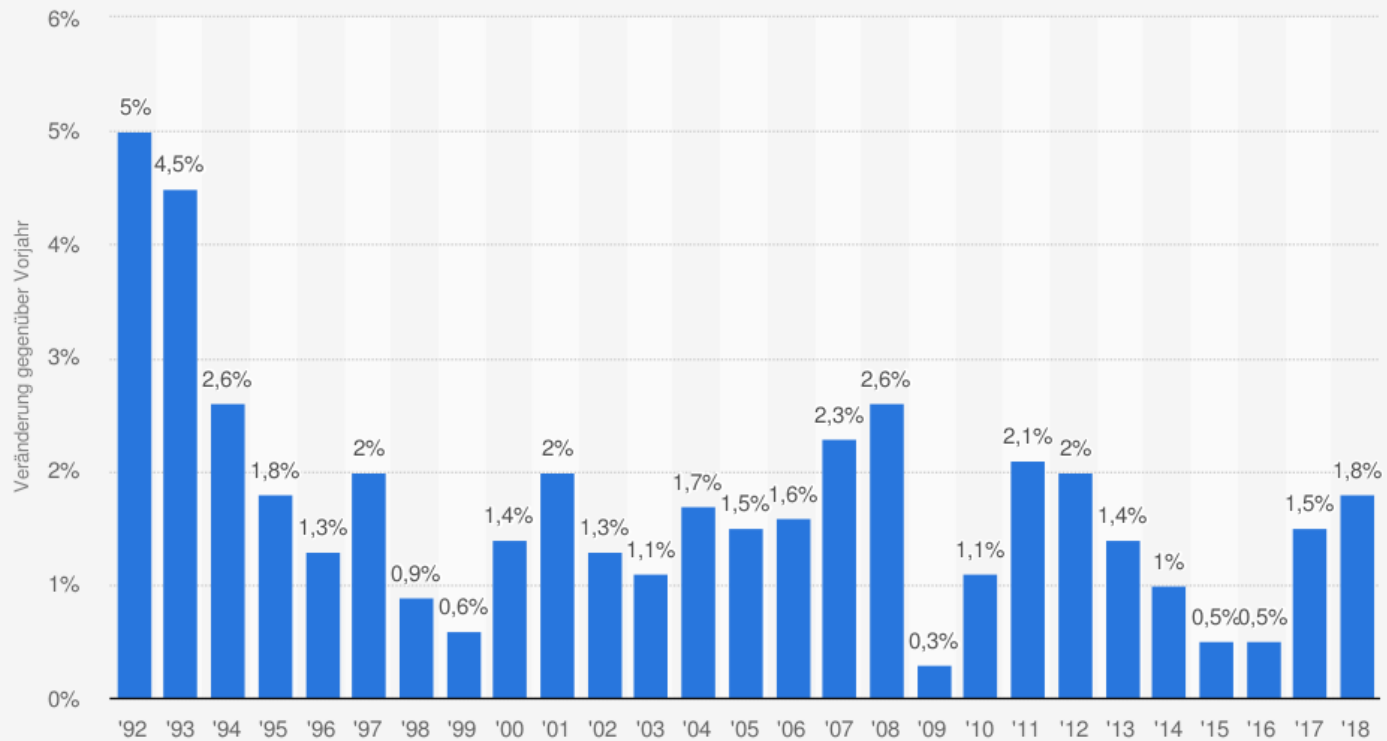


1.3.2 Das „magische Viereck“ ...

Stabilität des Preisniveaus

- = Stabilität des Geldwertes
- mikroökonomischer Marktmechanismus kann so Lenkungsfunction zur optimalen Allokation der Ressourcen am besten erfüllen (Veränderung bei Angebot und Nachfrage)
- Begünstigt Zukunftsvertrauen (= Investitionsbereitschaft)
- **Quantifizierung:** Inflation $\leq 2\%$ (2017: 1,8%)
- Während knapp 50 Jahre D-Mark: vergleichsweise solide Zielerreichung, dennoch Verringerung der Kaufkraft um drei Viertel (1 DM im Jahr 1950, mit Wert von 24 Pfennig im Jahr 1998)

Inflationsrate in Deutschland von 1992 bis 2018 (Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber Vorjahr)



Quelle
Statistisches Bundesamt
© Statista 2019

Weitere Informationen:
Deutschland



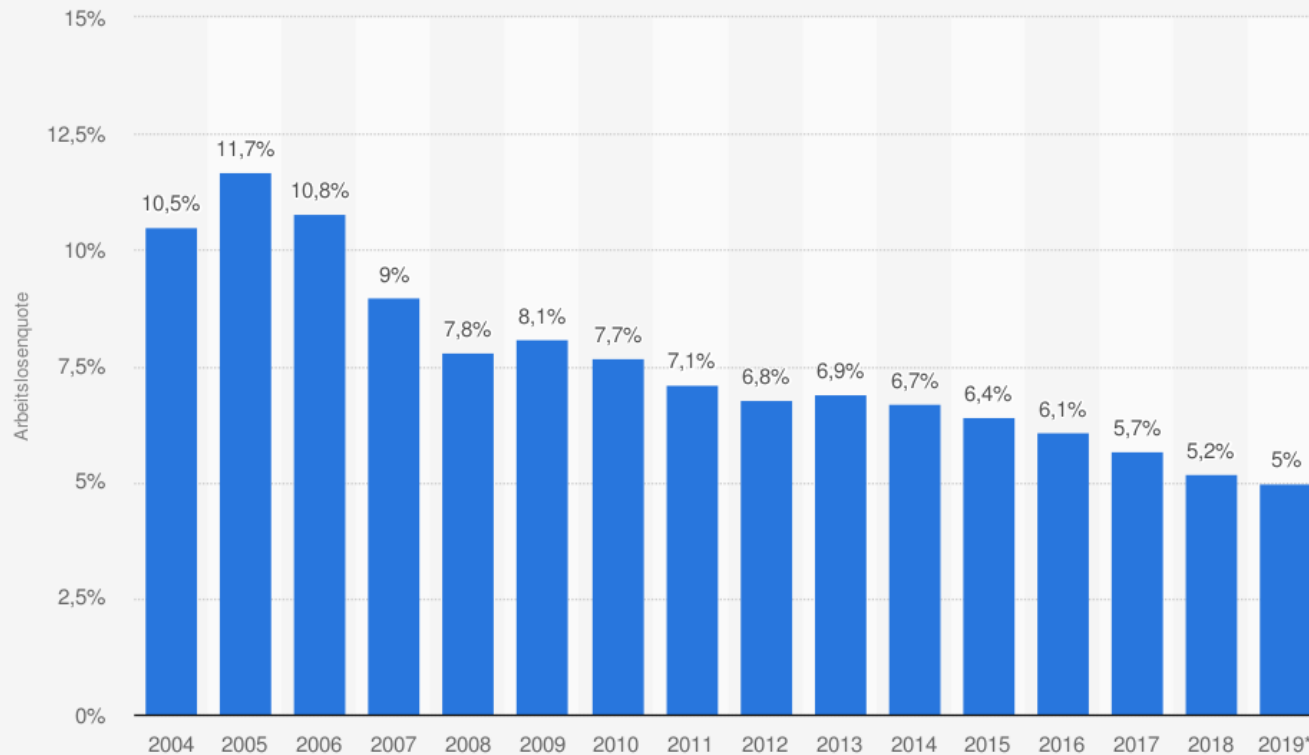
1.3.2 Das „magische Viereck“ ...

Hoher Beschäftigungsstand

- Alle, die Arbeit suchen, finden zu herrschenden Löhnen und Arbeitszeiten eine Arbeitsstelle.
- → ALQ sinkt und Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials steigt
- **Quantifizierung:** Arbeitslosenquote „von wenigen Prozenten“
- Vollbeschäftigung i.S.v. „null Prozent“ (= absolute Markträumung) lässt sich nicht sinnvoll anstreben → Ursachen:
 - Lohnstarrheiten (im Rahmen von Tarifverträgen)
 - Sucharbeitslosigkeit, im Zusammenhang mit asymmetrischer Information
 - Sog. saisonale Arbeitslosigkeit (z.B. Landwirtschaft, Baugewerbe)
 - räumlich-qualifikatorisches mismatch (sog. mismatch-Arbeitslosigkeit)
- → „natürliche Arbeitslosigkeit“ (Friedman) > 0



Arbeitslosenquote in Deutschland im Jahresdurchschnitt von 2004 bis 2019



Quelle
Bundesagentur für Arbeit
© Statista 2019

Weitere Informationen:
Deutschland



Exkurs zum Arbeitsmarkt

1. Messung der Arbeitslosigkeit

Intern. Arbeitsorganisation (ILO)

- Ohne Beschäftigungsverhältnis
- < 1 Stunde/Woche bezahlte Arbeit
- 4 Wochen suchend
- innerhalb von 2 Wochen verfügbar

Bundesanstalt für Arbeit (BA)

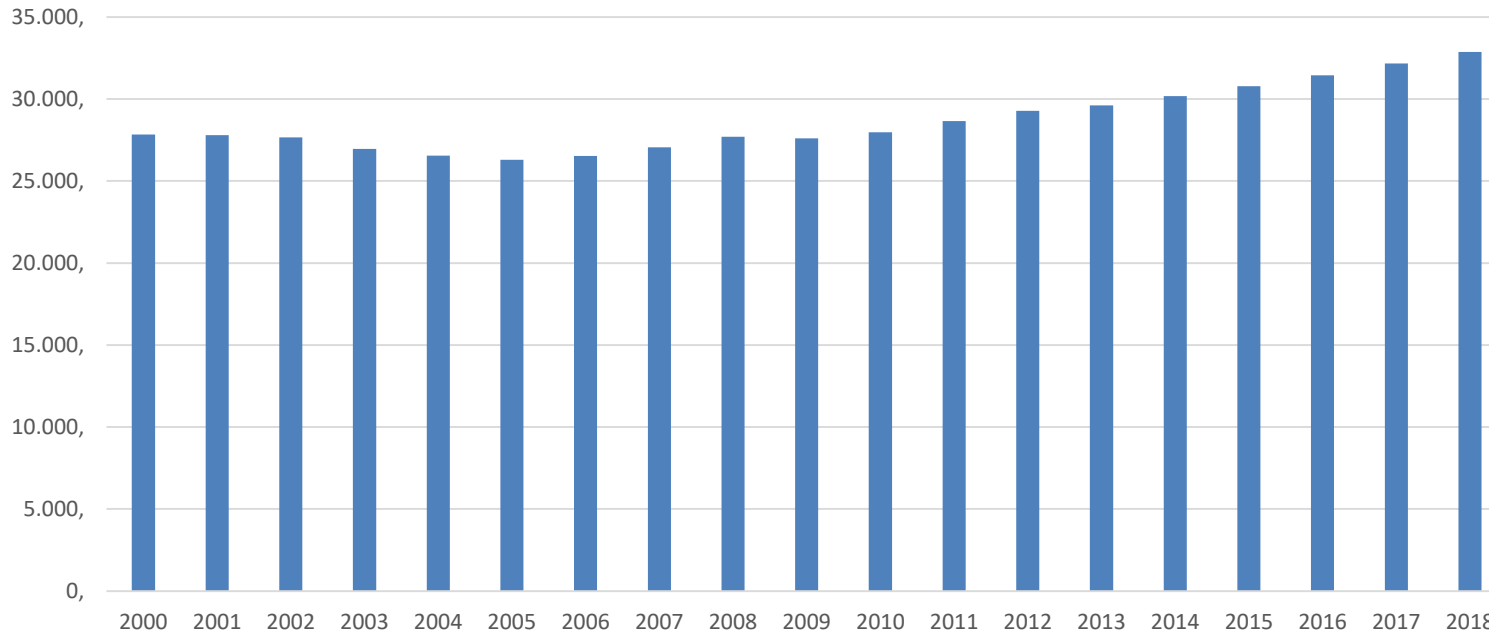
- < 15 h/Woche bezahlt
- arbeitslos gemeldet
- unmittelbar verfügbar
- sucht Arbeit für mind. 15h
- nicht in aktiver Arbeitsmarktpolitik (stille Reserve)

Konsequenz: Anzahl der Arbeitslosen in Deutschland nach ILO-Messung niedriger als bei uns

2. Entwicklung der Beschäftigung



Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland von 2000 bis 2018 (in 1.000)



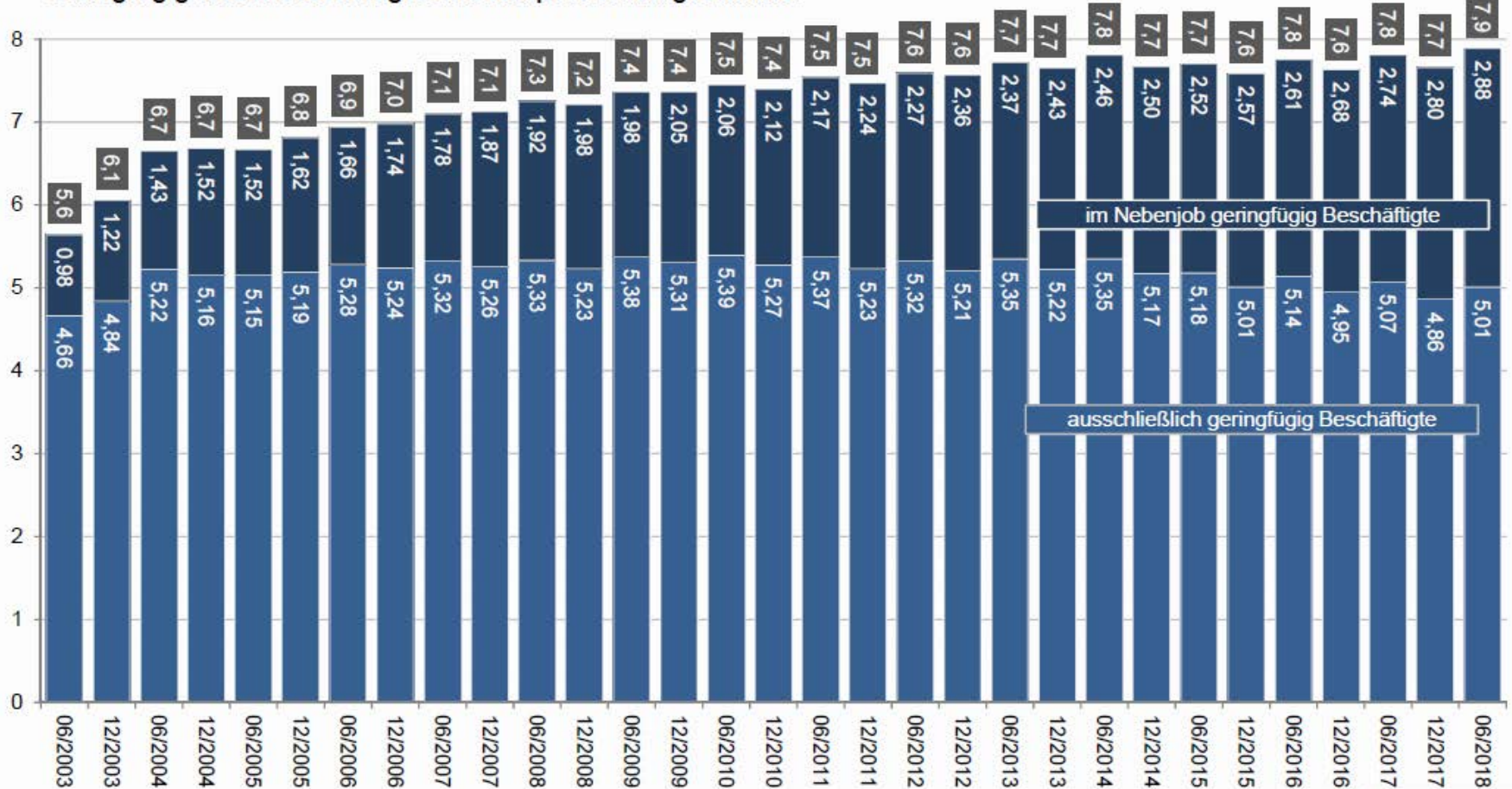
Hinweis(e): Deutschland; Weitere Angaben zu dieser Statistik, sowie Erläuterungen zu Fußnoten, sind auf [Seite 8](#) zu finden.

Quelle(n): Bundesagentur für Arbeit; [ID 39187](#)

<https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Beschaeftigung/Beschaeftigung-Nav.html>

■ Beschäftigte in Mini-Jobs 2003 - 2018

Geringfügig Nebenbeschäftigte und Hauptbeschäftigte in Mio.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2018), Beschäftigungsstatistik



1.3.2 Das „magische Viereck“ ...

Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum

- Mehrung des Wohlstands
- Geringe Konjunkturschwankungen („stetig“) sowie selbsttragend und nachhaltig („angemessen“)
- Erleichtert Finanzierung zusätzlicher Kosten für Gemeinschaftsaufgaben im Inland (z.B. Sozialleistungen) und Ausland (z.B. Entwicklungshilfe)



1.3.2 Das „magische Viereck“ ...

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Ziel:

- Effiziente Spezialisierung in Produktion und Export,
- Kreditwürdigkeit auf internationalen Kapitalmärkten

bei konstantem Wechselkurs und freiem internationalen Handel und Kapitalverkehr

- **Quantifizierung:** Leistungsbilanzüberschuss von ca. 1,5% des BIP



Wirtschaftspolitische Eckdaten für Deutschland (1950-90: früheres Bundesgebiet)

	1950- 1960	1961- 1970	1971- 1980	1981- 1990	1991- 2000	2001- 2010	2011- 2016
Verbraucherpreise ¹	1,9	2,5	5,1	2,6	2,3	1,6	1,2
Arbeitslosenquote ²	5,7	0,8	2,5	6,7	9,9	9,5	5
Produktionspotenzial ¹	8,0	4,5	2,8	2,3	1,4	1,3	1,4
Leistungsbilanz/BIP ²	2,2	0,9	0,6	2,5	-1,1	4,5	6,7

¹Jahresdurchschn. Veränderungsrate in %; ²Periodendurchschnitt in %

Quellen: Stat. Bundesamt, Deutsche Bundesbank



1.3.2 Das „magische Viereck“ ...

→ indessen Weiterentwicklungen, etwa zum **Sechs-Eck**

(vgl. etwa Koch et al. [2008], Grundlagen der Wirtschaftspolitik, 3.A., Stuttgart, S. 21)

Umweltschutz

- eigenständiges Ziel, da es sich um besonders schwerwiegende Art von Marktversagen handelt
- Besonders Allmende-Problem: Übernutzung („Ausbeutung“) knapper natürlicher Ressourcen bei fehlender physischer Ausschließbarkeit (Exkludierbarkeit, vgl. Theorie der Kollektivgüter)
- Ökosysteme dienen 1) als Inputlieferant, 2) als Schadstoffsenke – das Knappheitsproblem stellt sich aber in beiden Fällen gleichermaßen
- Herausforderung – „Logik“ von Ökosystemen: sie können ihren Gleichgewichtszustand in bestimmtem Rahmen wieder erreichen (Regeneration); bei Nutzungen darüber hinaus können die Systeme aber auch „kippen“.



1.3.2 Das „magische Viereck“ ...

Verteilungsgerechtigkeit bzw. Inklusivität

- Ziel: eine als gerecht empfundene Verteilung von Einkommen und Vermögen und Teilhabe
- (Gerechtigkeits-)Problem: ein gleich verteiltes Sozialprodukt („Kuchen“) ist viel kleiner als ein ungleich verteiltes Sozialprodukt
- Wie orientiert man sich da? → z.B. John Rawls' Gerechtigkeits-Grundsätze:
 1. Gleichheit bei politischen Rechten und Grundfreiheiten
 2. Wirtschaftliche Ungleichheiten, soweit sie jedermanns Vorteil dienen.
- Leistungsgerechtigkeit muss aufrecht erhalten werden
- Messung: *Gini*-Koeffizient und *Lorenz*-Kurve (→ vgl. Übung)



1.3.3 Zielbeziehungen

(vgl. DF, S. 8 ff.)

i) Identitätsbeziehung

- Gleicher Sachverhalt ist mit *unterschiedlichen Begriffen* belegt
- Bsp.: Ziel der Geldwertstabilität = Ziel des Preisniveaustabilität = Vermeidung (des Problems) der Inflation
- Grund u.a.: unterschiedliche Adressaten



1.3.3 Zielbeziehungen

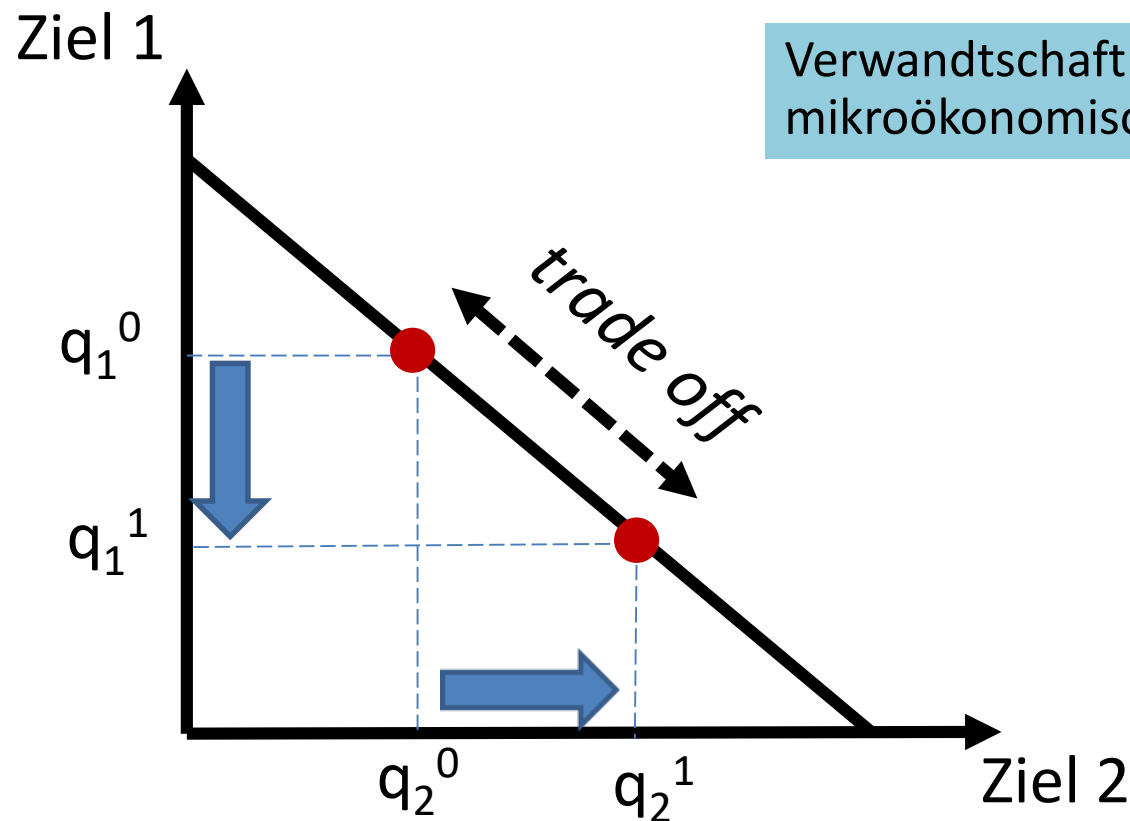
ii) Antinomische Beziehung

- strikte Unvereinbarkeit von Zielen
- das eine ist die genaue Negation des anderen
- Bsp. *Ziel 1*: Vermeidung von außenwirtschaftlichen Abhängigkeiten (Autarkie)
Ziel 2: Erzielung von Vorteilen aus internationaler Arbeitsteilung
- Es können nicht beide Ziele sinnvoll nebeneinander in einem wirtschaftspolitischen Programm stehen

1.3.3 Zielbeziehungen

iii) Konfligierende Beziehung (Zielkonkurrenz/Zielkonflikt)

- Typische Problematik der praktischen Wirtschaftspolitik



Verwandtschaft zur Budgetgerade in der mikroökonomischen Haushaltstheorie



1.3.3 Zielbeziehungen

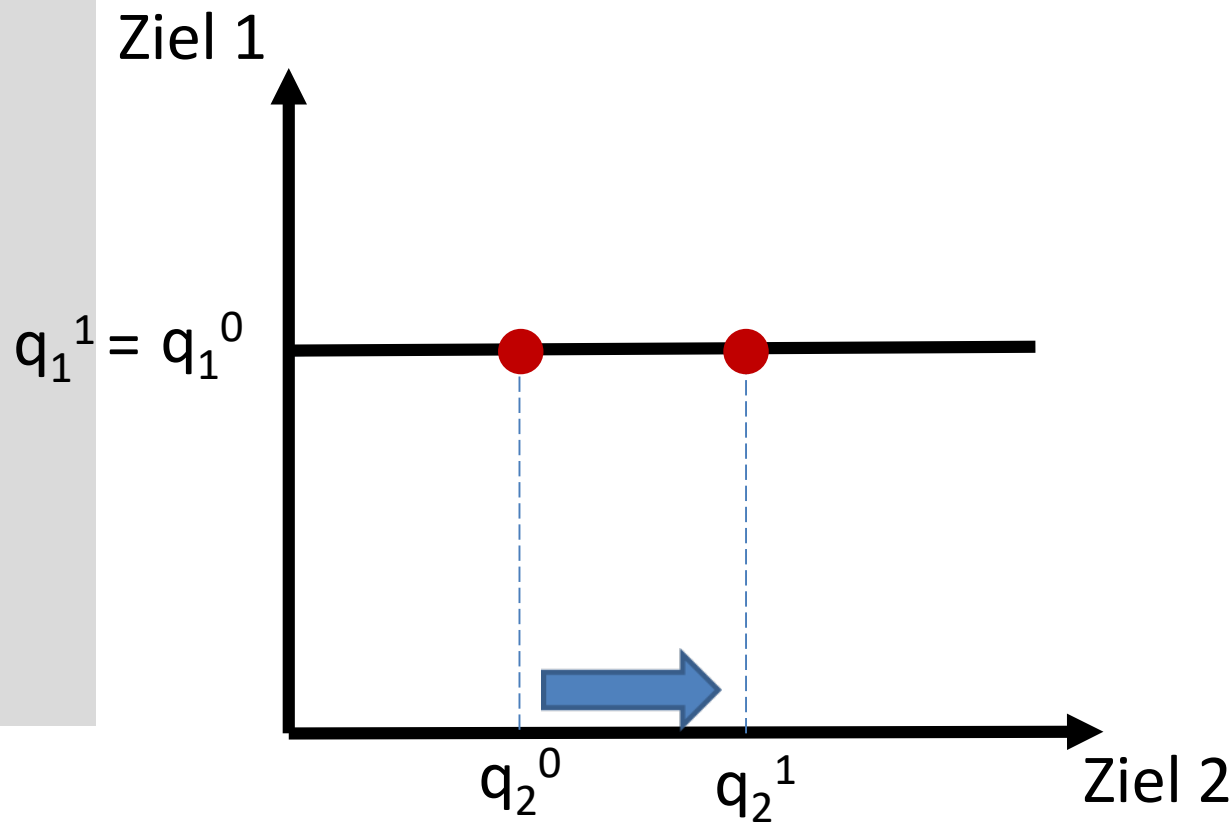
iii) Konfligierende Beziehung (Zielkonkurrenz/Zielkonflikt)

- wiederkehrende Beispiele in der WiPo → Beziehung zwischen
 - Ziel *Preisniveau-(Geldwert)stabilität* und Ziel *hoher Beschäftigungsstand* (sog. Phillips-Kurven-Problematik)
 - Ziel *stabiler Binnenwert der Währung* (Preisniveaustabilität) und Ziel *stabiler Außenwert* (Wechselkurs)
- Weitere Beispiele → „ökon. Botschaft“: Es handelt sich oft um *graduelle*, nicht um ein *binäre* Probleme (wäre ein Konflikt zwischen den zwei Randoptima)

1.3.3 Zielbeziehungen

iv) Neutrale Beziehung (Zielindifferenz)

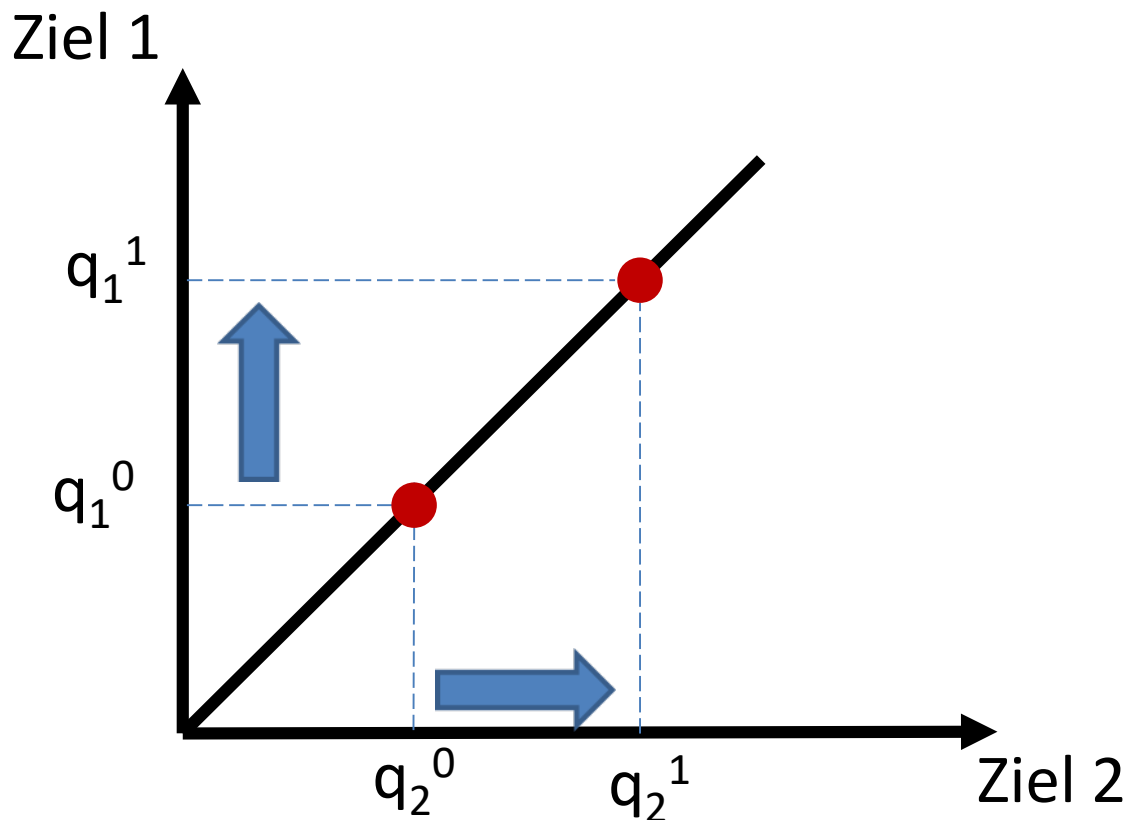
- Ziele lassen sich *unabhängig voneinander* erreichen
- Bsp. Ziel *angemessene Versorgung mit Infrastruktur* und Ziel *Außenhandelsliberalisierung*



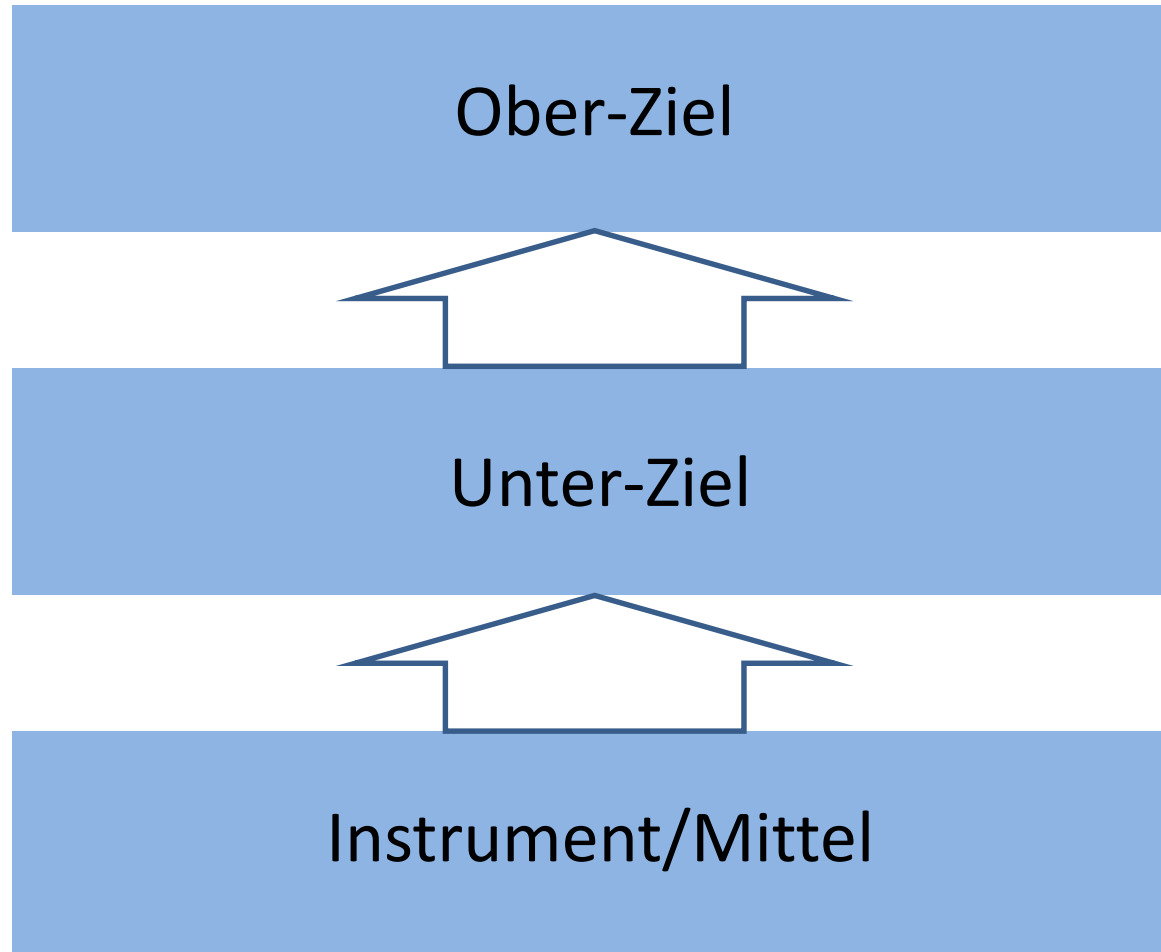
1.3.3 Zielbeziehungen

v) Komplementäre Beziehung (Zielharmonie)

- Verwirklichung des einen Ziels bringt die WiPo dem anderen Ziel zugleich näher
- Bsp. Beschäftigungsziel und Wachstumsziel



1.3.4 Zielhierarchien





Mikro- u. Makroökonomik

Makroökonomik

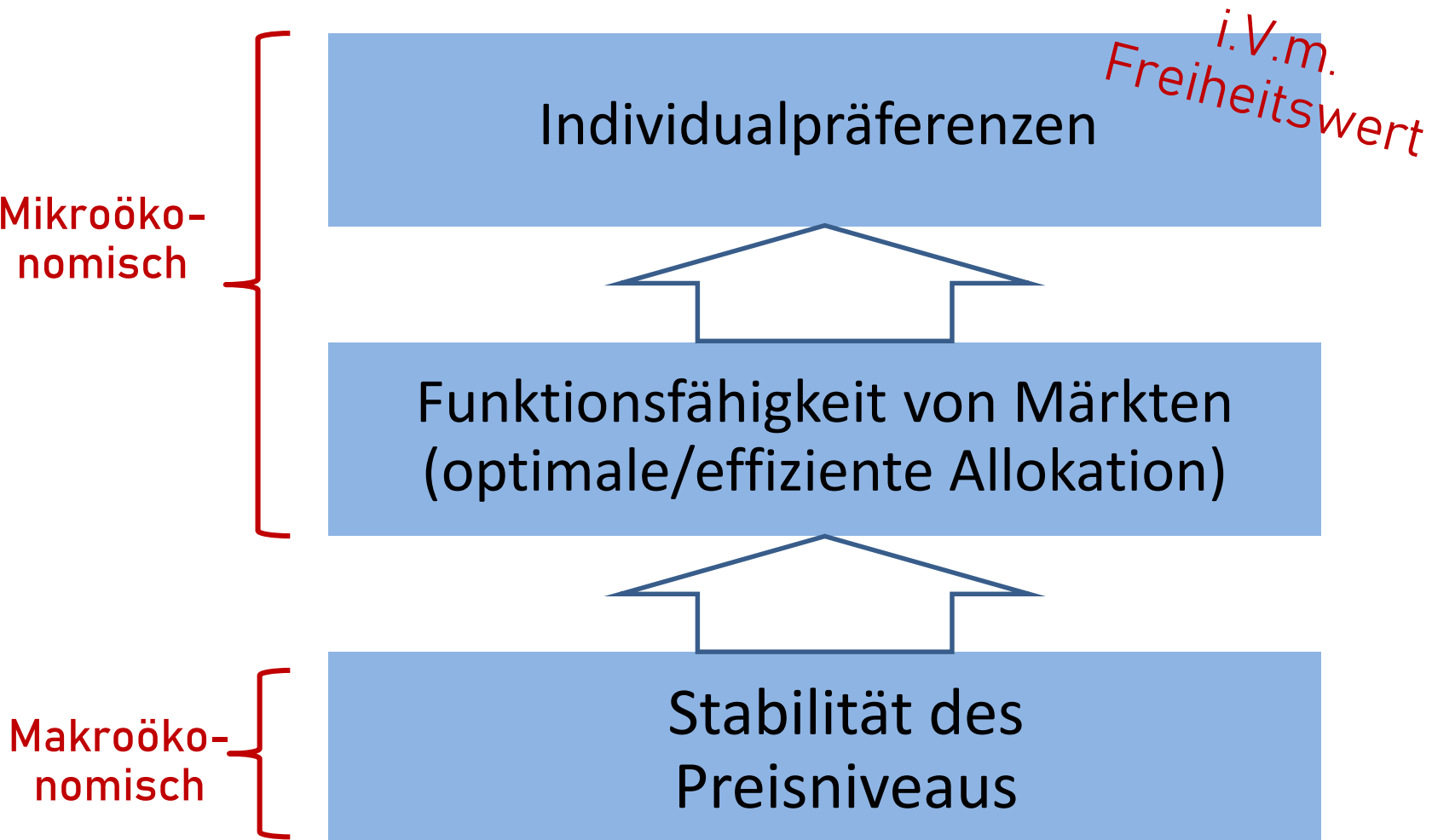
- Bezug zum Geschehen und zu Größen der gesamten Volkswirtschaft
- ➔ Volkswirtschaft als Aggregat/Gesamtheit aller Teilmärkte
- N.B.: Kann auch „physisch klein“ sein (z.B. Volkswirtschaft Liechtensteins)

Mikroökonomik

- Bezug zum Geschehen und Größen auf einem Markt
- ➔ Markt als Aggregat individueller Entscheidungen
- N.B.: Kann auch „physisch groß“ sein (z.B. Problematik der Klimaverhandlungen)



1.3.4 Zielhierarchien



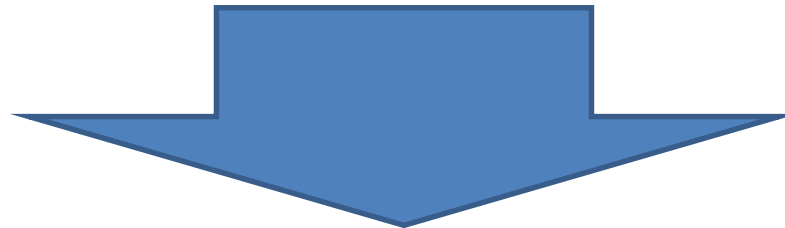
1.3.5 Das Ziel individueller Freiheit



„In diesem Lehrbuch [auch: in dieser Vorlesung] wird als Ordnungsrahmen für die Wirtschaftspolitik die **marktwirtschaftliche Ordnung** zugrunde gelegt.“ (DF S. 67)

Grundlage:

Werturteil: Hoher Wert der individuellen Freiheit, etwas zu tun oder zu unterlassen (vgl. ebd.)



„Letztes Ziel“ der Wirtschaftspolitiklehre:

Jeweils **individuelle Zielhierarchie** einer jeden Bürgerin (DF, S. 4)

➔ mikroökonomisch: individuelle Nutzenfunktion

1.3.5 Das Ziel individueller Freiheit



Grenzen des Präferenzindividualismus

I. Praktikabilität?

- Zielbeschreibung mit Auflösung nach Individualpräferenzen nicht handhabbar/operationalisierbar (z.B. „öffentliche Ordnung“)

II. Normative Fehlorientierung?

- Ökologische Ökonomik: „ökonomisch effiziente ökologische Katastrophe“ (Maier-Rigaud [1997], Die Herausbildung der Umweltökonomie: Zwischen axiomatischem Modell und normativer Theorie, in: F. Beckenbach (Hg.), Die ökologische Herausforderung für die ökonomische Theorie, 3. A., Marburg, S. 27–43.)
- Verstoß gegen Art. 1 GG / Sittenwidrigkeit
- Interdependente Präferenzen: individuelle Präferenzen sind nicht unabhängig voneinander (Neid usw.).



1. Konzeptionelles zur Theorie der Wirtschaftspolitik

1.4 Ziele und Wissenschaft

1.4.1 Werturteile

1.4.2 Positive und normative Analyse

1.4.3 Prognosen, Projektionen, Szenarien

1.5 Akteure der Wirtschaftspolitik

1.5.1 Wirtschaftswiss. Beratung der Politik

1.5.2 Träger der Wirtschaftspolitik

1.6 Prinzipien der marktwirtschaftlichen Ordnung nach W. Eucken



1.4.1 Werturteile

Max Weber (1864-1920) und der Werturteilsstreit

- Normative Aussagen und politische Handlungsempfehlungen lassen sich nicht wissenschaftlich begründen.
- Forderung nach strikter Trennung zwischen rationaler wiss. Erkenntnis und normativen Urteilen
- Kritik im Positivismusstreit der 60er Jahre: Webers Forderung ist selbst ein Werturteil

(vgl. Klump, S. 38)

➔ Schwache Werturteile!



1.4.2 Positive und normative Analyse

Positive Analyse = **erklärende** Analyse

- Warum ist etwas so, wie es ist? (**Diagnose** der Gegenwart)
 - Wie wird es – unter bestimmten Bedingungen (z.B. bei Einsatz bestimmter wirtschaftspolitischer Instrumente oder einem Unterlassen) – sein? (**Prognose** in die Zukunft)
- ➔ Frage nach **Wirkungen** / Kausalbeziehungen

Normative Analyse = **empfehlende** Analyse

- Welches wirtschaftspolitische Instrument ist einzusetzen bzw. zu vermeiden,
 - ... um ein **gegebenes Ziel** zu erreichen bzw. Probleme zu vermeiden?
- ➔ auf Basis der positiven Analyse



1.4.3 Prognosen, Projektionen, Szenarien

Prognosen: Beschreibung der künft. Entwicklung unter den **geg. Bedingungen** (Status-Quo-Prognose). – Beschreibung des **Einflusses best. wipol Instrumente** auf die Entwicklung (Wirkungsprognose).

Projektionen: Darstellung, welche Entwicklung man für **wünschenswert** hält u. mit welchen Maßnahmen dies erreicht werden soll.

Szenarien: **Alternative** Entwicklungspfade bei unterschiedl. gesetzten Parameterkonstellationen.



1.4.3 Prognosen, Projektionen, Szenarien

Voraussagen und Ergebnisse für das reale Bruttoinlandsprodukt (in vH)

Institutionen	1995	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Prognosen Sachverständigenrat (JG)	3,2	1,4	2,4	1,8	1,9	0	1,6	2,2	0,9	0,4	1,9	1,8	1,5	1,3
Wirtschaftsforschungs- institute (GD, Oktober bzw. April*)	2,5	1,5	2,3	1,4	2,2	0,2	1,2	3,5	0,9	0,8	1,3	1,8	1,6	1,4
Projektionen Bundesregierung (JWB)	3,0	1,6	2,5	1,7	1,7	-2,25	1,4	2,3	0,7	0,5	1,8	1,7	1,7	1,4
Ist-Werte Statistisches Bundesamt Ursprungswerte	1,7	1,2	0,7	3,7	3,3	1,1	-5,6	4,1	3,9	0,7	1,6	1,7	1,9	2,3

Szenarienbildung – ein Beispiel



1.5 Akteure der Wirtschaftspolitik



1.5.1 Wirtschaftswiss. Beratung der Politik

*„Wirtschaftspolitische Beratung ist [...] nichts anderes als Aufklärungsarbeit über Ziel-Mittel-Beziehungen, über die Frage welche Mittel bestmöglich eine Verwirklichung der gesellschaftlichen Ziele ermöglicht“**

= normative
Analyse

➔ Theorie der WiPo ist eine Theorie des Normativen, ohne selbst normativ zu sein

* Breyer/Kolmar (2014), Grundlagen der Wirtschaftspolitik, 4. A., Tübingen. S. 13 ff.

Funktionen der Politikberatung (vgl. DF S. 33f.)

1. Bereitstellung von Argumenten, um Gruppen-/Partikularinteressen (Lobbying) im Diskurs besser begegnen zu können ➔ „Sündenbockfunktion“ ➔ Beweislastumkehr
2. Urteilsbildung der demokratischen Öffentlichkeit



1.5.1 Wirtschaftswiss. Beratung der Politik

Modelle der Politikberatung I: Politikberatung vs. Politikerberatung (vgl. DF S. 36f.)

Politikberatung:

- Adressat: die *demokratische Öffentlichkeit* → Input an Argumenten für den öffentlichen Diskurs
- auch dann, wenn sie durch Regierung/Ministerium in Auftrag gegeben wurde
- Inhalt der Beratung wird in Fachzeitschriften usw. veröffentlicht → der/die Beratende setzt seinen/ihre Reputation ein

Politikerberatung

- Adressat: die/der Politiker(in)

Hybride Formen

- Fachgespräche im Bundestag, Wissenschaftler auf Parteitag usw.



1.5.1 Wirtschaftswiss. Beratung der Politik

Modelle der Politikberatung II

Technokratisches Beratungsmodell

- Bewertung gesellschaftlicher Zustände und die Konzeption angemessener Instrumente wird den Beratern übertragen.
- Für Demokratien zweifelhaft, denn Wissensch. sind kein Souverän

Dezisionistisches Beratungsmodell

- Zielvorgaben werden von der Politik formuliert, die Berater konzipieren die Instrumente

Pragmatisches Beratungsmodell

- Berater sollen nur grobe Fehlentscheidungen verhindern; ansonsten steht Auswahl der Mittel immer unter Vorbehalt politischer Realisierbarkeit



1.5.1 Wirtschaftswiss. Beratung der Politik

Modelle der Politikberatung III

Offener Prozess

- Berater analysieren ohne Beschränkungen
- Ergebnis berücksichtigt die politische Durchsetzbarkeit nicht
- Keine Anmaßung von Wissen, oder „Schiere im Kopf“
- Dagegen: Status quo als relevante Alternative

Formale Strukturen vs. informelle Beratung

- Formal: Sachverständigenrat etc.
- Informell: Spontane Aufrufe, Policy Briefs etc.
- Hybrid: Spontane Beratergruppen am Rande von Großereignissen



1.5.1 Wirtschaftswiss. Beratung der Politik

§ 2 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1963)

*„Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie **im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum** gewährleistet werden können.*

[...]

Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch **keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen** aussprechen.“



1.5.1 Wirtschaftswiss. Beratung der Politik

Institutionalisierte Beratung in der Bundesrepublik

- Sachverständigenrat (Gesetz)
- Monopolkommission (Gesetz)
- Sozialbeirat (Gesetz)
- Rat für Umweltfragen (ministerieller Erlass)
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen
- Wissenschaftliche Beiräte (Ministerien)
- Wirtschaftsforschungsinstitute
- Einzelexperten/ad hoc-Kommissionen
- Internationale Gremien



1.5.1 Wirtschaftswiss. Beratung der Politik

Gründe für ausbleibende Durchschlagskraft der wirtschaftswissenschaftlichen Beratung (vgl. Klump 2011, S. 36f.)

Auf Seiten der **Wissenschaft**:

- nicht selten verschiedene Lehrmeinungen
- Sprache

Wirtschaftspolitische **Praxis**:

- regelmäßig **neuartige** Probleme/Herausforderungen
- Verschiedene Einflussnahmen und Zwänge, **andere/neue Nebenbedingungen (Ziele)**
- **Andere Interessen** als die von beratenden Ökonomen berücksichtigten (Gemeinwohl vs. Partikularinteressen)



1.5.2 Träger der Wirtschaftspolitik

Politische Institutionen

- Regierung/Parlament
- Europäische Zentralbank
- EU-Ministerrat
- Europäische Kommission
- G7/G8
(Weltwirtschaftsgipfel)

Private Institutionen

- Gewerkschaften
- Wirtschaftsverbände
- Sonstige organisierte
Kleingruppen
- Kirchen
- Nicht-Regierungs-
Organisationen



1.5.2 Träger der Wirtschaftspolitik

Das Assignment-Problem

- klare Arbeitsteilung zwischen den Akteuren herzustellen → Voraussetzungen für das Zusammenwirken der Entscheidungsträger
- Jedem Ziel wird ein Mittel zugeordnet, um Zielkonflikte und Redundanzen zu vermeiden → Tinbergen-Regel!
- Außerdem: für jedes wirtschaftspolitische Ziel ein Träger

Horst Siebert (IfW Kiel, sinngemäß):

„Die Regierung ist mit Hilfe der Ordnungspolitik wie Odysseus am Mast gefesselt, um den Sirenengesängen der Partikularinteressen zu widerstehen.“

Zuordnung von Politikbereichen für gesamtwirtschaftliche Ziele (*Assignment*)

Ziel	Hauptverantwortung	Mitverantwortung
Geldwertstabilität	Geldpolitik (Zentralbank)	Staat Indirekte Steuern, administrative Preisanhebungen Tarifvertragsparteien Tariflohnsteigerungen (Lohnstückkosten)
Beschäftigungsgrad	Lohnpolitik (Tarifvertragsparteien bei Tarifautonomie)	Notenbank Geldmengenentwicklung / Zinsen Staat - Beiträge zur Sozialversicherung u. sonstige gesetzliche Lohnnebenkosten (Produzentenlohn) - Institutionelle Regelungen am Arbeitsmarkt - Steuern auf Investitionen in Sach- und Humankapital
Wirtschaftswachstum	Finanzpolitik (Staat) Allg. Rahmenbedingungen bezügl. Steuern u. Abgaben, Kreditfinanzierung, Staatsausgabenquote, Standortpolitik	Notenbank Geldmengenentwicklung / Zinsen (QE?) Tarifvertragsparteien Lohnstückkosten Regulierungen
Klimaschutz	IPCC Höchstgrenzen für CO ₂ -Ausstoss	Nationale Wirtschaftspolitiken Umweltpolitik, Regulierungen, Steuerpolitik etc.

1.6 Prinzipien einer marktwirtschaftlichen Ordnung nach W. Eucken

Walter Eucken (* 1891 in Jena; † 1950 in London)

- Vordenker der sozialen Marktwirtschaft und (Mit-) Begründer der „Freiburger Schule“ des Ordoliberalismus
- *Koordinationsproblem* als zentrales Problem zur Beantwortung der Frage nach dem geeigneten Wirtschaftssystem





1.6 Prinzipien einer marktwirtschaftlichen Ordnung nach W. Eucken

- Koordinationsproblem: Wie lassen sich einzelwirtschaftliche Aktivitäten und Pläne bestmöglich aufeinander abstimmen?
- Zwei Idealtypen:
 - Reine Planwirtschaft: Koordination durch staatliche Anweisung
 - Reine Marktwirtschaft: Koordination durch freiwillige Vereinbarungen über den Markt unter Laissez-faire-Bedingungen



Euckens dritte Option

*Politische Gestaltung der
wirtschaftlichen „Spielregeln“?*

nein

ja

*Politische Eingriffe
in wirtschaftliche
„Spielzüge“?*

nein

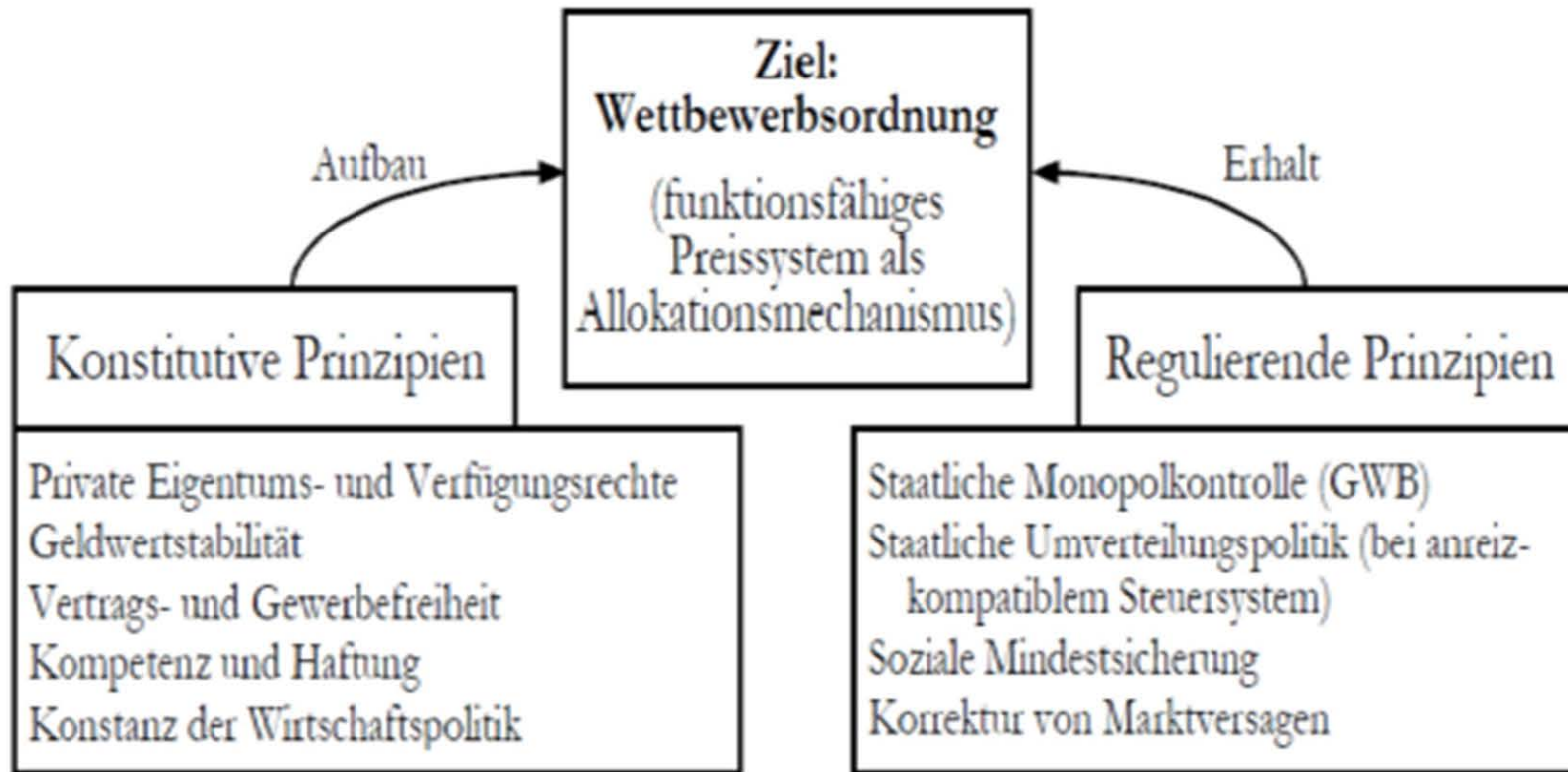
Laissez-faire-
Liberalismus

(Ordo-)
Liberalismus

ja

Zentralplanungs-
Sozialismus

1.6 Prinzipien einer marktwirtschaftlichen Ordnung nach W. Eucken



Vgl. DF, S. 67.